

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0413/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 02.05.2022
		Verfasser/in: FB 61/010, Dez. III
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.05.2022	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022.

Anlage/n:

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022.

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

12. Mai 2022

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.02.2022
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:20 Uhr
Ort, Raum: Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062
Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Vorsitzende

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Matthias Achilles

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Tobias Benedikt Tillmann

Vertretung für: Ratsfrau Ye-One Rhie

Herr Burkhard Fahl

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 1/23

Herr Christian Hofmann

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Nicolai Vincent Radke

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Herr Jörg Veltrup

Herr Rolf Winkler

Abwesende:

Herr Eyüp Özgün

entschuldigt

Ratsfrau Ye-One Rhie

entschuldigt

Herr Stefan Dussin

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Strehle

FB 61

Herr Müller

FB 61

Herr Schuster

FB 60

Herr Kempf

FB 61

Herr Costard

FB 60

Herr Beckers

FB 13

Frau Weiß

E 18

Herr Dohmen

FB 20

vom Beirat:

Frau Dr. Driessen

ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Löhner

FB 61

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 2/23

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 09.12.2021 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0295/WP18

- 3 **Lebenswerte Aachener Innenstadt: Verkehr neu organisieren;**
hier: Ratsantrag 32/18 der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom 09.12.2020
Vorlage: FB 61/0270/WP18

- 4 **Tempo 30 innerhalb des Alleenrings - Wirkungsanalyse**
Vorlage: FB 61/0323/WP18

- 5 **Salierallee;**
hier: Bauliche Anpassung nach Regionetz-Maßnahme
Vorlage: FB 61/0321/WP18

- 6 **Ausrichtung der Europäischen Mobilitätswoche**
Vorlage: FB 61/0325/WP18

- 7 **P+R Roermonder Straße als Kompensationsmaßnahme zur Vollsperrung Brücke Turmstraße**

Vorlage: FB 61/0326/WP18

- 8 **Kommunaler Klimaschutz, Förderprojekt #AachenMooVe!1: Umgestaltung der Krefelder Straße zwischen Soerser Weg und Bastei (Bürger*inneninformation)**

Vorlage: FB 61/0327/WP18

- 9 **Bewohnerparken "U" (Körnerstraße);
hier: Ergebnisse der Voruntersuchung**

Vorlage: FB 61/0320/WP18

- 10 **Verkehrssicherheit Neuenhofstraße/ Vennbahnweg;
Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022**

Vorlage: FB 61/0337/WP18

- 11 **Mikromobilität im Free Floating
TO-Antrag der Fraktion Die Linke vom 28.01.2022**

Es wird mündlich berichtet.

- 12 **Verkehrsführungskonzepte "Baustelle Brücke Turmstraße" sowie Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen**

hier: Darstellung der Verkehrsströme bei gleichzeitiger Vollsperrung der Straßen Jakobstraße, Turmstraße und Templergraben

Vorlage: FB 61/0351/WP18

- 13 **Roadmap der ÖPNV-Vorlagen im Mobilitätsausschuss 2022
TO-Antrag der Fraktion Grüne vom 01.02.2022**

Es wird mündlich berichtet.

- 14 **Sachstandsbericht „Intelligente Busspur Monschauer Straße“
TO-Antrag der Fraktion Grüne vom 01.02.2022**

Es wird mündlich berichtet.

- 15 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
09.12.2021 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 61/0296/WP18**

- 2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Wenzel eröffnet die Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse.

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 5/23

Sie findet unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln in Folge der Corona-Pandemie im Eurogress, Sitzungssaal K1/ K2 statt.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest, sowie die Einhaltung der vereinbarten Vertretungsreihenfolge.

Es werden folgende Änderungswünsche und Anträge zur Tagesordnung (TO) vorgetragen:

Die Vorsitzende Frau Wenzel schlägt vor,

- TOP I.5 - Salierallee - vorzuziehen und vor TOP I.3 zu behandeln, da viele Bürger*innen anwesend sind.

- TOP I.12 - Baustelle Brücke Turmstraße - soll wegen des Sachzusammenhangs vor TOP I.7 behandelt werden.

Frau Breuer beantragt, TOP I.7 zu vertagen, da die Bezirksvertretung (BV) Laurensberg vor der Sitzung des Mobilitätsausschusses gehört werden müsse und nicht danach, wie in der Vorlage vorgesehen.

Nach einem Austausch von Argumenten für oder gegen ein Absetzen dieses TOP, an dem sich Frau Breuer, Herr Neumann, Frau Dr. Driessen, Frau Wenzel, Herr Müller, Herr Blum, Herr Fischer, Frau Strehle, Herr Achilles und Herr Schuster beteiligen, lässt die Vorsitzende darüber abstimmen, ob der TOP I.7 in einer Sondersitzung einen Tag nach der Sitzung der BV Laurensberg am 03.03.2022 behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung bei 1 Enthaltung.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 09.12.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0295/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 09.12.2021.

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 6/23

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 6 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Lebenswerte Aachener Innenstadt: Verkehr neu organisieren;

hier: Ratsantrag 32/18 der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom 09.12.2020

Vorlage: FB 61/0270/WP18

Es wird ein Vortrag gewünscht, den Herr Müller hält; er ist als Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Lindemann (CDU) dankt und stellt die von der BV Aachen-Mitte geänderte und beschlossene Empfehlung vor, die von allen getragen worden sei. Bei der Verkehrswende solle es nicht darum gehen, die Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen. So müsse der Autoverkehr nicht abgeschafft werden, der ÖPNV könne als Ergänzung dienen. Deshalb solle ein Verkehrskonzept erstellt werden, in der Reihenfolge: zuerst ein Verkehrskonzept erstellen, dann wenn die Bürger dieses angenommen haben, könne man weitere Schritte gehen.

Herr Dr. van den Hurk (SPD) dankt ebenfalls. Verschiedene Konzepte seien schon vorgestellt worden. Es müsse ein Konzept geben, das den Autoverkehr kompensiert. Dabei gehe es nicht nur um Verkehr, also wie man von A nach B kommt, sondern auch um Aufenthalt und nicht um Autofreiheit, sondern um eine Verringerung des Durchgangsverkehrs. Er schaue gerne auf die Niederlande und Belgien. Dort gebe es gute Konzepte. Hier rede man von hohen Kosten, Spannungen und vielen Baustellen, es gebe hier aber zu wenige Möglichkeiten für guten Aufenthalt, Fahrradfahrer und Fußgänger wobei es auch hier gute Ansätze gebe. Man sollte reden, reden, reden.

Herr Neumann erklärt, seine Fraktion (Grüne) freue sich auf den Prozess. Es sei an der Zeit, die Ziele, die es für die einzelnen Verkehrsarten gebe, zusammenzuführen. Dabei würden sich zwei Fragen ergeben: Wie bekommt man die Verkehrsarten überein und wie kann man den Raum besser nutzen? Dabei stelle sich auch die Frage nach der Aufenthaltsqualität für die Bürger*innen durch zusätzliche Nutzungen, z. B. durch Gastronomie.

Herr Achilles (Die Zukunft) begrüßt es, dass dieses Thema hier angepackt wird. Die Verwaltung solle den Prozess starten, der die Belange aller Verkehrsarten zusammenbringen soll, also Fußgänger,

Fahradfahrer usw., unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit. Er frage aber, warum die Beiladung der BV notwendig ist. Hier seien gute Beispiele dargestellt. Er finde nicht, dass man warten müsse, sondern es müsse Hand in Hand gehen. Deshalb bitte er, dies gleichzeitig mitzudenken, damit zielführend gestaltet werden kann.

Herr Hofmann trägt zwei Anliegen vor:

-Zum einen finde er es gefährlich, wenn man Radverkehr und ÖPNV auf einer Spur platzieren wolle. Dabei würden viele Unfälle passieren, wie am Bushof und Elisenbrunnen. Dies sei schon seit 10 - 15 Jahren so. Gerade an solchen Stellen sollten separate Spuren angelegt werden.

-Teilweise würden aufgrund von Baustellen Baustellenampeln oder Nothaltebuchten eingerichtet, so dass auf dem Alleenring eine Spur wegfallen würde und der Verkehr sich „neue Wege suche“. Der Alleenring sollte also gesamt geplant werden.

Herr Dr. van den Hurk plädiert dafür, den Beschluss der BV Aachen-Mitte aufzunehmen und einen Vertreter der Stadt Karlsruhe einzuladen.

Frau Breuer findet es zum einen traurig, dass man der BV so wenig Kompetenzen zutraue, zum anderen finde sie den Begriff „Armut“ im Zusammenhang mit „Autoarmut“ unpassend. Sie bitte die Verwaltung, das zu erläutern.

Herr Müller antwortet, die Verwaltung habe sich mit dem Ratsantrag beschäftigt, der diesen Begriff „Autoarmut“ verwendet hat. Man habe versucht, darauf einzugehen. Die Verwaltung würde es begrüßen, den Ideenreichtum der Bürger*innen mit Beispielen aus anderen Städten anzureichern.

Herr Achilles erklärt, die Empfehlungen des BV würden beachtet. Er sei aber der Meinung, wenn die Verwaltung Sachverstand einbringe und dieser besser ist, sollte sie beachtet werden.

Herr Dr. van den Hurk stellt einen Antrag auf Ergänzung des Beschlussentwurfs der Verwaltung, den er vorliest:

"Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Prozesses eine begleitende Vortragsreihe mit erfolgreichen Beispielen aufzulegen. Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte wird dazu beigelegt."

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung damit, einen Prozess zur geänderten Erschließung der Aachener Innenstadt zu starten.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Prozesses eine begleitende Vortragsreihe mit erfolgreichen Beispielen aufzulegen. Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte wird dazu beigeladen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Tempo 30 innerhalb des Alleerings - Wirkungsanalyse**Vorlage: FB 61/0323/WP18**

Für Herrn Lindemann ist die Frage wichtig, welche verkehrsverlagernde Wirkung Tempo 30 hat. Wenn er in einem Navigationssystem nach dem schnellsten Weg frage, werde nicht immer die kürzeste Strecke vorgeschlagen, sondern die mit der größten Zeitersparnis.

Eine Frage des Herrn Dr. van den Hurk beantwortet Herr Müller.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Salierallee;**hier: Bauliche Anpassung nach Regionetz-Maßnahme****Vorlage: FB 61/0321/WP18**

Zu diesem TOP sind ca. 30 Bürger*innen anwesend.

Herr Müller hält einen Vortrag, der auch als Anlage zur Niederschrift einsehbar ist.

Herr Achilles (Die Zukunft) dankt für den Vortrag. Es sei wichtig, die Bürger*innen zu informieren. Er bitte, auch die Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Studierenden usw. anzuschreiben, da die Anlagen auch von diesem Personenkreis genauso genutzt würden wie von den betroffenen Anwohner*innen.

Herr Neumann dankt im Namen der Fraktion Grüne für den Vortrag, der zeige, dass vieles möglich ist und es auch richtig sei, im Rahmen der Regio-Netz-Maßnahme die Initiative zu ergreifen. Für seine Fraktion sei auch die zukünftige Betrachtung des Inputs der Bürger*innen in dem Abwägungsprozess wichtig.

Frau Breuer (CDU) begrüßt es sehr, dass so viele Bürger*innen gekommen sind, trotz der Pandemie und obwohl nichts beschlossen werden soll. Die Politik habe gelernt. Sie werde sich diesmal heraushalten, gefordert seien vielmehr die Bürger*innen.

Sie bittet um Stellungnahme, inwieweit die Kosten bei der Beitragspflicht berücksichtigt werden und dankt der Verwaltung, dass sie dieses Mal ohne Beschluss „nach außen“ gehe.

Frau Strehle antwortet, die Verwaltung werde selbstverständlich die Frage der KAG-Beiträge klären, und dies sicherlich in einem späteren Stadium entlang des Planungsprozesses transparent machen. Die Beitragspflicht errechne sich aber nicht aus den Kosten für die Neugestaltung, sondern aus dem entstandenen Mehrwert für die Anlieger.

Herr Blum erklärt, die FDP halte es für unabdingbar, dass die Bürger*innen immer beteiligt werden müssen. Die Anwohner*innen seien diejenigen, die damit für sehr lange Zeit leben müssen. Dies gelte nicht nur für Bewohner*innen der Salierallee, sondern es wirke sich auch auf umliegende Straßen aus, wenn beispielsweise Parkplätze wegfallen. Es sei wünschenswert, im gegenseitigen Einvernehmen Beschlüsse zu fassen, das sei für seine Partei sehr wichtig.

Herr Dr. Nositschka dankt auch im Namen seiner Fraktion Die Linke der Verwaltung, auch für die Vorstellung der Varianten. Wichtig sei es, auf die Anliegen der Bürger*innen einzugehen.

Herr Hofmann schließt sich seinen Vorredner*innen an, die schon vieles vorweggenommen hätten. Auch ihm gehe es um die Bürger*innen, vor allem diejenigen, die Anlieger sind. Durch ihre Beteiligung könnten Konflikte verringert werden. Der Busverkehr müsse ausgebaut werden. Er richtet seine Bitte an die Bürger*innen, sich einzubringen.

Die Vorsitzende Frau Wenzel dankt allen Bürger*innen, dass sie gekommen sind und ermutigt sie, sich weiter zu beteiligen. Die Verwaltung werde hierfür alles Weitere veranlassen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Bürger*innenbeteiligung durchzuführen, deren Erkenntnisse in die Vorlage zum Planungsbeschluss einfließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Ausrichtung der Europäischen Mobilitätswoche

Vorlage: FB 61/0325/WP18

Herr Dr. Nositschka (Die Linke) stellt einen Antrag auf Erweiterung des Beschlussvorschlags, der vorab allen Fraktionssprecher*innen und der Verwaltung per Mail zugegangen ist:

„... Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche ein autofreier Tag oder Wochenende (z.B. Samstag und/oder Sonntag) innerhalb des Alleerings durchgeführt werden kann.

Die Verwaltung soll das Ergebnis der Prüfung, wenn möglich, in der nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses vorstellen, so dass es zu einer Beschlussfassung kommen kann.“

Als Begründung führt er an, die meisten Menschen hätten noch keine autofreie Innenstadt erlebt, oder könnten es sich noch nicht einmal vorstellen. Als Anregung für zukünftige Entwicklungen der Innenstadt solle eine Autofreiheit erfahrbar gemacht werden. Natürlich solle es die üblichen Ausnahmen (Gehbehinderte, Pflegedienste, etc.) geben. In diesem Rahmen sollen Vereine, Kulturinitiativen, Mobilitätsverbände und andere zivilgesellschaftliche Gruppen gefragt werden, ob sie den Straßenraum nutzen möchten. Die Großstadt Paris praktiziere so einen Tag erfolgreich einmal pro Jahr.

Herr Lindemann bezieht sich auf einen vorherigen TOP, bei dem nicht von autofreier, sondern von autoarmer Innenstadt die Rede war. Die Frage sei, wen man damit erreichen wolle. Wenn z. B. an einem Samstag die Menschen in die Innenstadt kommen wollen, werde es den Effekt geben, dass sie

ausweichen, z. B. nach Maastricht. Deshalb wolle er die Bitte äußern, nicht gleich die ganze Stadt oder den Alleenring dicht zu machen, sondern zuerst punktuell.

Herr Hofmann gibt zu bedenken, so lange die großen Parkhäuser nur im äußeren Bereich stehen, wie solle man da kontrollieren, wo die Leute parken.

Herr Dr. van den Hurk erklärt, autoarm bedeute autoreduziert. Dies sei aber eine Idee zur Unzeit und er glaube, dass sie kontraproduktiv sei. Er werde nicht zustimmen.

Herr Neumann findet den Vorschlag durchaus sympathisch, aber er bitte um kreative Ideen, den Raum anderweitig zu nutzen.

Herr Dr. Nositschka macht den Vorschlag, alternativ darüber abzustimmen, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, was möglich ist und dann z. B. in 4 Wochen die Vorschläge einzubringen.

Frau Breuer erinnert daran, dass man in naher Zukunft noch mit vielen Baustellen und auch Großbaustellen leben müsse. Von daher würden sowieso weniger Fahrzeuge hineinkommen.

Die Vorsitzende Frau Wenzel lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Fraktion Linke abstimmen. Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 9 Stimmen bei 8 Zustimmungen.

Danach erfolgt die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er fasst den Beschluss zur Beteiligung an der Europäischen Mobilitätswoche 2022 und zur Verstärkung der Beteiligung im Rahmen der Kampagne Mobilitätswende.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 P+R Roermonder Straße als Kompensationsmaßnahme zur Vollsperrung Brücke
Turmstraße**

Vorlage: FB 61/0326/WP18

Gemäß Beschluss in TOP I.1 wird dieser TOP vertagt und in der Sondersitzung des
Mobilitätsausschusses am 03.03.2022 behandelt.

**zu 8 Kommunalen Klimaschutz, Förderprojekt #AachenMooVe!1: Umgestaltung der Krefelder
Straße zwischen Soerser Weg und Bastei (Bürger*inneninformation)**

Vorlage: FB 61/0327/WP18

Frau Wenzel hält einen Vortrag nicht für notwendig, da die Vorlage sehr gut sei.

Auf die Frage des Herrn Achilles, ob es möglich ist, schon weiter stadtauswärts Tempo 30 festzusetzen,
antwortet Frau Strehle, sie nehme das mit. Es sei dort grundsätzlich eine Hauptverkehrsstraße; das
müsse man prüfen.

Herr Lindemann erklärt, für die Krefelder Straße als Hauptverkehrsstraße brauche man eine
Geschwindigkeitsstaffelung auch, um den Anwohner*innen gerecht zu werden.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die
Verwaltung mit der Durchführung einer Bürger*inneninformation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 9 Bewohnerparken "U" (Körnerstraße);
hier: Ergebnisse der Voruntersuchung**

Vorlage: FB 61/0320/WP18

Herr van den Hurk stellt für die SPD Fraktion einen ergänzenden Antrag zum Beschlussvorschlag der
Verwaltung:

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 13/23

„Die Planung zum Umbau der Lütticher Straße soll die Auswirkungen der neuen bzw. erweiterten Bewohnerparkzonen "U", "J1" und "W" auf die Parksituation in der Lütticher Straße berücksichtigen. Sobald diese Erkenntnisse vorliegen, soll die Planung zum Umbau der Lütticher Straße abgeschlossen und dem Mobilitätsausschuss zum Beschluss vorgelegt werden.“

Frau Breuer teilt mit, die CDU Fraktion werde diesen Ansatz gerne unterstützen. Daraus könne man Wissen schöpfen; es hätte ein Antrag ihrer Fraktion sein können.

Herr Neumann erklärt, seine Fraktion Grüne sehe das kritisch an dieser Stelle. Deshalb bitte er die Verwaltung, das nochmal zu prüfen. Er sehe es kritisch, die Planungen ohne Not zu verzögern. Die Erfahrungen seien ausreichend. Die Planungen unabhängig voneinander vorgelegt zu bekommen, schade nicht, weshalb die Fraktion Grüne den Antrag nicht mittragen wolle.

Herr Müller erläutert auf Nachfrage die Folie „Geplanter Zeitplan Zone "U" und Lütticher Straße“ des Vortrags, der als Anlage einsehbar ist.

Er antwortet dann auf die Frage des Herrn Blum, ob es Zeiten gäbe, die parallel laufen können, wenn aufgrund des Antrags evaluiert würde. Die Evaluierung würde mindestens ein halbes Jahr dauern, danach erfolge die Auswertung. Für die Ausführungsplanung sei das eine massive Zäsur. Man könne also erst bis Mitte nächsten Jahres mit einem Ergebnis rechnen.

Herr Fischer erklärt, es erschließe sich ihm nicht, warum die CDU und SPD Fraktion darauf so einen großen Wert legen. Um das weiter zu verzögern, brauche es wichtige Gründe.

Herr Dr. Nositschka kann das nachvollziehen. Er habe die Hoffnung, dass sich die Planungen dadurch verbessern. Es sei wert, sich die Zeit zu nehmen, um eine Straße zu erhalten, die man für die nächsten 20 Jahre beibehalten könne.

Nach Meinung des Herrn Neumann würde man mit der Verzögerung von bis zu eineinhalb Jahren, für die er keine vernünftige Grundlage sehe, auch gegen die Ziele des Radentscheids steuern.

Herr van den Hurk wendet ein, es gehe auch um Akzeptanz. Man bekomme Ergebnisse, die für die Bewohnerparkzone das versprechen, was gewünscht ist. Die Bürger*innen müsse man mitnehmen. Dafür sei es die Verzögerung wert. Man würde viel gewinnen.

Eine Frage des Herrn Achilles zum zeitlichen Ablauf beantwortet Herr Müller.

Frau Breuer entgegnet Herrn Neumann, es gehe nicht darum, etwas zu verhindern. Man könne doch erproben und Erfahrungen sammeln.

Herr Radke findet, die Datenlage sei absolut ausreichend, deshalb frage er sich, welche Erkenntnisse man noch von den Bewohner*innen erwarte, die eine Verzögerung von eineinhalb Jahren begründen.

Herr Achilles richtet an die Verwaltung die Frage, wie der von der SPD Fraktion gestellte Antrag zu bewerten ist, ob es nicht ein TO-Antrag ist und ob dieser kurzfristig möglich wäre.

Herr Schuster antwortet, die Grenzen seien fließend. Ohne tiefgreifend geprüft zu haben, würde er sagen, dass dieser Antrag möglich sei.

Die Frage des Herrn Achilles, in wie weit die Regio-Netz betroffen ist, beantwortet Frau Strehle. Es gebe eine Vorplanung mit einer anderen Zielsetzung. Es gehe jetzt um Hausanschlüsse.

Die Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag der SPD Fraktion zusammen mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die in seiner Zuständigkeit liegenden Straßen eine Planung zur Einrichtung der Bewohnerparkzone „U“ (Körnerstraße) sowie zu den Erweiterungen „J1“ und „W“ gemäß Variante 2 zu erstellen und diese in einer Informationsveranstaltung für Bürger*innen vorzustellen.

Die Planung zum Umbau der Lütticher Straße soll die Auswirkungen der neuen bzw. erweiterten Bewohnerparkzonen "U", "J1" und "W" auf die Parksituation in der Lütticher Straße berücksichtigen. Sobald diese Erkenntnisse vorliegen, soll die Planung zum Umbau der Lütticher Straße abgeschlossen und dem Mobilitätsausschuss zum Beschluss vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 10 Stimmen bei 7 Gegenstimmen

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 15/23

**zu 10 Verkehrssicherheit Neuenhofstraße/ Vennbahnweg;
Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
Vorlage: FB 61/0337/WP18**

Frau Breuer erklärt, ihre Fraktion CDU werde sich dem Verwaltungsvorschlag anschließen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung der Grundlagen für die weitere Planung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 11 Mikromobilität im Free Floating
TO-Antrag der Fraktion Die Linke vom 28.01.2022**

Es wird mündlich berichtet.

Herr Müller berichtet mündlich zum Sachstand. Die Erarbeitung sei noch nicht abgeschlossen. Es gebe auch noch einen weiteren Antrag der SPD Fraktion. Die Verwaltung führe zur Zeit Gespräche mit den Betrieben. Das Thema sei momentan ein absolutes Boom-Thema. Damit sei viel Aufregung verbunden. Die Verwaltung habe hier ein großes Thema zu bewältigen.

Auf die Frage des Herrn Fischer, ob das Münsteraner Urteil (bez. der Beseitigung von Hindernissen aus dem Weg) berücksichtigt worden ist, antwortet Frau Strehle, die Vorlage, welche die Verwaltung erstellen möchte, werde eine umfangreiche rechtliche Darlegung enthalten.

Herr Dr. Nositschka möchte die Verwaltung darin bestärken, dies voranzutreiben, denn der Antrag sei bereits im Januar gestellt worden. Er sehe ein, dass das Thema sehr umfangreich sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 16/23

zu 12 Verkehrsführungskonzepte "Baustelle Brücke Turmstraße" sowie Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

hier: Darstellung der Verkehrsströme bei gleichzeitiger Vollsperrung der Straßen Jakobstraße, Turmstraße und Templergraben

Vorlage: FB 61/0351/WP18

Frau Strehle führt in das Thema ein. Die Verwaltung habe eine umfangreiche Vorlage über die Planung der Verkehrsführung vorgelegt. Sie verfolge eine großräumige Umleitung, wozu sich der Grabenring anbiete. Es sei eine hohe Belastung zu erwarten. Diese Belastung halte die Verwaltung für so gravierend, dass sie sehr wenig Spielraum sehe, nach zu justieren. Auch die Anwohner*innen müssten diese Belastung tragen. Das habe die Verwaltung bewogen, die Umleitung zu planen, mit Hilfe eines Planungsbüros.

Sie stellt den Gutachter Herrn Dr. Baier (BSV Aachen) vor, der einen Vortrag hält. Dieser ist als Anlage im Ratsinformationsdienst einsehbar.

Herr Lindemann dankt für den Vortrag. Wenn es nur um die großräumige Umleitung ginge, würde seine Fraktion nur zur Kenntnis nehmen. Es gehe aber auch um den Templergraben. Da seien Verkehrsverlagerungen zu erwarten, die man nicht wolle. Der Templergraben habe eine längere Geschichte, ca. 5 Jahre, im Zusammenhang mit den Radvorrangrouten (RVR). Damals sei das Reallabor beschlossen worden wie vorgestellt. Es sollte im September abgeschlossen sein. Ursprünglich sollte es 4 Monate dauern, jetzt seien es schon 8 Monate. Er frage sich, wozu man dann ein Reallabor mache. Der letzte Satz im Beschlussvorschlag, dass auf eine Öffnung verzichtet wird, sei in seiner Fraktion „sauer aufgestoßen“. Es sei eine Einführung durch die Hintertür und könne nicht befürwortet werden.

Auf die Aussage des Herrn Fischer, ihm fehlten nähere Ausführungen zu der wichtigen RVR an gewissen Knotenpunkten, z. B. an der Geschwister-Scholl-Straße, antwortet Herr Dr. Baier, er sehe keine starken Auswirkungen an den Knotenpunkten und begründet das.

Herr Blum erinnert daran, als der Ausschuss das Reallabor beschlossen habe, sei man sich bewusst gewesen, dass die Baumaßnahme der Brücke kommen wird. Sein Vorredner habe es deutlich gemacht, es sei zeitlich begrenzt worden und sollte dann wieder geöffnet werden. Das halte er auch nach wie vor für richtig. Es würde sonst dazu führen, dass viele Leute die Stadt Aachen umfahren. In dem Vortrag seien Zahlen vorgerechnet worden. Dass es zu Belastungen kommen wird, sei ihm klar. Man habe in der

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 17/23

Zeitung einiges lesen müssen. Seine Fraktion FDP lehne es ab, dass der Templergraben geschlossen bleibt.

Herr Dr. Baier erklärt, die Schließung der Turmstraße sei unabdingbar. Er habe hier Lösungsmöglichkeiten dargestellt, wie es mit der Sperrung des Templergrabens funktionieren kann. Er sei kein Freund einer unbedingten Schließung. Es könne letzten Endes auch sein, dass es so nicht funktioniert.

Anschließend beantwortet er eine Frage des Herrn Dr. van den Hurk.

Herr Müller geht auf die Aussagen des Herrn Lindemann ein und bestätigt, dass das Reallabor schon lange dauere, aber man habe jetzt Zahlen, mit denen man arbeiten könne. An den Knotenpunkten habe sich nichts Neues ergeben.

Herr Neumann dankt für die Präsentation. Aus Sicht seiner Fraktion Grüne seien die Themen Sperrung der Turmstraße und des Templergrabens nicht zu trennen. Wenn es wirklich eine höhere Belastung gebe, wäre sie die letzte, die eine Öffnung verhindern wolle, damit es nicht zu einem Verkehrskollaps kommt. Bisher sehe sie die Entwicklung des Reallabors positiv und habe viele positive Rückmeldungen erhalten. Es sei laut Gutachten möglich und es sei kein Selbstzweck, zu befristen. Deshalb würde er das nicht so negativ sehen, sondern als Chance, auch eine höhere Aufenthaltsqualität zu erhalten, trotz höherer Belastung durch die Sperrung der Turmstraße, in der Hoffnung, dass alles vielfältiger und bunter gestaltet werden könne.

Auch Herr Hofmann dankt für den Vortrag. Er halte es aber für eine Fehlentscheidung in dieser Lage, die Sperrung des Templergrabens aufrecht zu erhalten. Es drohe eine Überlastung. Das Reallabor sei einfach so verlängert worden. Es frage sich, wie aussagekräftig das Ergebnis nun bei der Umleitung durch die Baustelle ist, auch wegen der hohen Spritpreise und einer höheren Abgasbelastung, die schlecht für die Umwelt sei. Außerdem würden sich Unternehmen beschweren und es gebe Einpendler, die zu berücksichtigen wären. Deshalb bitte er darum, das Reallabor zu beenden und nach dem Umbau und nach Corona wieder aufzunehmen. Das Viertel würde während der Baumaßnahmen komplett abgebunden.

Herr Achilles dankt für den aufschlussreichen Vortrag. Bezugnehmend auf die letzte Folie meint er, dies zeige, wie wichtig es sei, die Sperrung des Templergrabens aufrecht zu erhalten, frei von ideologischen Ansichten. Wenn es der CDU helfen würde, könne man beim Beschlussentwurf im letzten Satz „nach

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 18/23

Möglichkeit“ streichen. Das würde eine gewisse Flexibilität bedeuten. Alles, was man verkehrswissenschaftlich wisse, deute darauf hin, dass die Aufhebung der Sperrung des Templergrabens das Baustellenmanagement hier „kaputtmachen“ würde.

Nach Meinung des Herrn Fahl würden die Zahlen zeigen, dass die Verkehrsbelastung bei Öffnung des Templergrabens absolut unverträglich für Anwohner*innen wäre und für die Straße, die zerstört würde. Seine Fraktion (Grüne) wolle ein P&R Angebot beschließen. Die Roermonder Straße werde entlastet. Es sei insgesamt ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Herr Lindemann schlägt Herrn Müller vor, die Zahlen, die jetzt noch erhoben werden, nochmal im März in einem TOP auf die TO zu setzen und vorzustellen, verbunden mit der Frage „Beendigung des Reallabors?“. In dem heutigen TOP würde er gerne den letzten Satz mit dem Reallabor herauslassen und den Rest zur Kenntnis nehmen.

Herr van den Hurk plädiert dafür, dem Gutachten zu folgen. Nach Umsetzung werde es eine Faktenlage geben, dann könne man regeln.

Herr Dr. Nositschka möchte sich seinem Vorredner anschließen. Die Stadt habe einen neutralen Gutachter beauftragt, der ja sogar kein Freund einer unbedingten Schließung sei. Man habe nun ein Gutachten vorgelegt bekommen, dem man folgen sollte. Er bittet die Ausschussmitglieder, die Weiterführung des Reallabors mitzutragen und nach Beginn der Baustelle könne man weitersehen.

Frau Breuer bemerkt, sie sei etwas irritiert über die Ausführungen des Herrn Achilles, die sie nicht nachvollziehen könne. Zwar seien hier viele für das Reallabor, jedoch fehlten noch Ergebnisse. Das bitte sie, zur Kenntnis zu nehmen. Die Frage sei, wie man den Druck herausnehmen kann. Ihre Bitte sei, das Reallabor zu beenden und zu verschieben.

Die Vorsitzende Frau Wenzel lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.
Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, das Verkehrsführungskonzept unter der Maxime "Führung der Umleitungsverkehre über den Außenring" weiter auszuarbeiten. Auf eine Öffnung des Templergrabens wird nach Möglichkeit verzichtet.

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 19/23

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 11 Stimmen bei 6 Ablehnungen

Nach Abschluss dieses vorgezogenen TOP setzt die Vorsitzende 10 Minuten Pause an, bevor um 19:55 Uhr mit TOP 8 die Sitzung weitergeht.

**zu 13 Roadmap der ÖPNV-Vorlagen im Mobilitätsausschuss 2022
TO-Antrag der Fraktion Grüne vom 01.02.2022****Es wird mündlich berichtet.**

Herr Müller hält einen Vortrag, der als Anlage einsehbar ist.

Er beantwortet anschließend eine Frage des Herrn Neumann.

Herr Hofmann dankt für den Vortrag und fragt, ob es beim barrierefreien Ausbau der Haltestellen eine Priorisierung nach der Häufigkeit der Frequentierung gibt.

Herr Müller antwortet, es gebe eine Priorisierung nach der Frequentierung, aber auch danach, ob das Umfeld geeignet ist. Es seien keine einfachen lokalen Maßnahmen, sondern sie seien umfänglich; da würden auch Maßnahmen zusammengefasst, d. h. bei den ersten 60 Maßnahmen seien nicht nur Maßnahmen mit Stufe 1.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

**zu 14 Sachstandsbericht „Intelligente Busspur Monschauer Straße“
TO-Antrag der Fraktion Grüne vom 01.02.2022****Es wird mündlich berichtet.**

Frau Dr. Driessen erläutert den Sachstand. Sie freue sich, dass hier eine Busbeschleunigungsmaßnahme beginne. Es gehe darum, dass die Busse möglichst überall gut durchkommen sollen. Die Monschauer Straße sei ein Nadelöhr, dort gebe es Rückstaus. Zunächst müsse geprüft werden, welche Gründe es hierfür gibt. Dann müssten Maßnahmen erarbeitet werden. Erste Ergebnisse gebe es noch nicht. Wenn es soweit ist, werde die ASEAG berichten.

MA/14/WP18

Ausdruck vom: 12.05.2022

Seite: 20/23

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilungen der Verwaltung liegen vor und sind als Anlage zur Niederschrift einsehbar:

- Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen (wurde vorab per Mail versandt)
- Stellungnahme der Kommission Barrierefreies Bauen zu TOP 11 (konnte nicht rechtzeitig zur Sitzung zur Verfügung gestellt werden)
- Gottfried-, Richard-, Martin-Luther-Straße - Baubeginn Straßenbau
- Start des Lastenradförderprogramms für Aachener Familien
- Förderrichtlinie LaRa - das Aachener Lastenrad-Förderprogramm
- Ausrichtung der 16. Fahrradkommunalkonferenz in Aachen im November 2022
- Flyer Bürgerinformation Alt-Haarener-Straße und St. Germanus
- Flyer Bürger*innenbeteiligung Alte Vaalser Straße

Frau Strehle erläutert sie.

Außerdem berichtet sie, dass folgende Website zwei Tage zuvor online gegangen sei:

[Mobilitätsdashboard der Stadt Aachen](#)

Sie sei schon stark frequentiert worden.

Anschließend beantwortet sie Fragen einzelner Ausschussmitglieder zu den Mitteilungen.